

Unsicherheiten in der sozialen Sicherung

43. Herbstseminar des Redressement national

Dass die Mängel im schweizerischen Sozialsystem nicht mehr durch partielle Revisionen beseitigt werden können, sondern nach einer Neukonzeption verlangen, war bei allen Teilnehmern am Herbstseminar des Redressement national unbestritten. Anlass zu Diskussionen gaben die verschiedenen Lösungsansätze. Während einerseits der Übergang zum Bedarfsprinzip vorgeschlagen wurde, hörte man von anderer Seite die Forderung nach einem garantierten Mindesteinkommen für alle.

crz. Kandersteg, 12. Okt.

Mit dem Obertitel «Sozialstaat Schweiz – wohin?» hatte sich das Redressement national (RN) für sein 43. Herbstseminar in Kandersteg ein Thema gegeben, das vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Diskussion um ein Referendum gegen die 10. AHV-Revision just vor Tagungsbeginn unerwartet mit einer Prise höchster Aktualität gewürzt worden war. Das RN vertritt nach eigenen Angaben eine konsequent bürgerliche und wirtschaftsorientierte Weltanschauung und sucht mittels ihrer jährlich stattfindenden Seminaren, den Dialog zwischen Politikern und Berufsleuten und der heranwachsenden akademischen Generation herzustellen.

Erhöhte Effizienz im Sozialwesen

Entsprechend präsentierte sich denn die Liste der geladenen Gäste und Referenten. In seinem Eingangsvortrag liess *Walter Seiler*, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen, den Grundtenor der zweitägigen Veranstaltung bereits anklingen. Mit dem Sozialstaat Schweiz könne es so, wie es im Moment sei, nicht weitergehen. Der gesellschaftliche Wandel – hier insbesondere die zunehmende Überalterung – sowie die schwierige Finanzierungssituation erforderten eine effizientere Strukturierung der staatlichen sozialen Sicherung.



1990 bezogen 23 Prozent der schweizerischen Bevölkerung Leistungen der AHV – im Vergleich zu 10 Prozent zur Gründungszeit der Versicherung. (Bild bfu)

Eine straffere Struktur sei allein durch den Umstand schon angebracht, dass gegenwärtig zehn verschiedene Versicherungen nach dem Kausalitätsprinzip gemeinsam an den Maschen im sozialen Netz knüpften. Die Regeln der Versicherungen präsentierten sich entsprechend undurchschaubar und komplex, sagte Seiler weiter. Damit nun die Stricke nicht reissen, fordert er eine Überprüfung dieser Vielfalt und die Erwägung eines Gesamtsystems anstelle dieses Versicherungspotpourris.

Gegen weitere Lohnprozente

Wo es um die Lösungsansätze und Ausgestaltungsvorschläge der künftigen sozialen Sicherung in unserem Land ging, waren von den einzelnen Referenten indessen unterschiedliche Töne zu hören. Für Nationalrat *Gerold Bührer* (fdp., Schaffhausen) führt kein Weg an einer marktwirtschaftlichen Orientierung des Sozialsystems vorbei. Seiner Auffassung nach ist ein Ausbau der Leistungen insbesondere dann, wenn sie über Lohnprozente finanziert werden sollen, ein Pyrrhussieg. Die Standortvorteile der Schweiz gingen laut seiner Prognose nach und nach verloren, und als logische Konsequenz würden Arbeitgeber vermehrt die Produktion ins günstigere Ausland verlegen. Damit gingen Arbeitsplätze verloren, und der Ruf der Schweiz als Land mit relativ niedrigen Steuern wäre definitiv Geschichte. Damit würde die Schweiz erheblich an ihrer Wettbewerbsfähigkeit einbüßen, was schliesslich dem Sozialsystem kaum zugute käme.

Als Alternative schlägt Bührer einen grundlegenden Systemwechsel vor, der zum Ziel hat, vom Giesskannenprinzip abzukommen. Weitere Lohnprozente – wie es, um ein jüngstes Beispiel zu nennen, das Modell zur Mutterschaftsversicherung des Bundesrates vorsieht – lehnt er strikte ab. Ohne die Würde des Leistungsbezügers oder der Leistungsbezügerin anzutasten, müsse vorab bei der AHV das *soziale Schwächeprinzip* zur Anwendung kommen. Anstelle einer globalen Abdeckung kommt bei diesem Modell die individuelle Situation des Bezügers bei der Verteilung der Gelder ins Spiel. Damit soll die soziale Hilfe bei nachgewiesener Bedürftigkeit gezielter und somit effizienter und kostensparend eingesetzt werden.

Zusätzlich gestützt werden soll dieses System durch erhöhte Eigenverantwortung. Mit dem *Subsidiaritätsprinzip* beruft man sich auf die bewährten sozialen Netze in der Familie, deren Funktionen teilweise vom Staat übernommen worden sind. Über die dringliche Frage der Finanzierung dieses Zukunftsmodells, schliesslich will auch ein solch modifiziertes Leistungsangebot bezahlt sein, machte Bührer keine konkreten Vorschläge.

Garantiertes Mindesteinkommen als Basis

Mit der Aussage, die Diskussion sei zu wirtschaftslastig, stand die grüne Nationalrätin *Ruth Gonseth* (Basel-Land), die als einzige politische Kontrahentin auftrat, im Kreise ihrer Mitreferenten allein auf weiter Flur. Sie bedauerte, dass kein Vertreter der Sozialpartner anwesend war, wo es doch um ein für diese brisantes Anliegen ging.

Ruth Gonseth pflichtete ihrem Vorredner zwar bei, dass der Sozialstaat in eine unglückliche Schieflage gekommen sei, was eine Neukonzeption nötig mache. Die Schwachstellen des gegenwärtigen Systems sieht sie hingegen vor allem darin, dass es die materiellen Ungleichheiten verstärke. Die heutige Praxis komme einer Umverteilung von Geldern gleich, die hohe Löhne bevorzueile und daher die wirtschaftlich Bessergestellten mit hohen Renten belohne, während die Schwächeren oft zum Gang aufs Fürsorgeamt gezwungen würden. Insbesondere die Frauen hätten hier mit massiven Benachteiligungen zu kämpfen, da viele von ihnen auf Grund der Arbeit in der Familie und im Haushalt nie oder nur zeitweise erwerbstätig gewesen seien.

Wie ihr Vorredner lehnte Ruth Gonseth die Finanzierung der sozialen Leistungen durch Lohnprozente ab, wohl aber aus anderen Gründen. Ein solcher Finanzierungsmodus birgt ihrer Meinung nach die Gefahr in sich, nicht Erwerbstätige – und auch hier stehen die Frauen im Zentrum – durch die Maschen fallen zu lassen. Dies gehe nicht an bei einem Sozialsystem, das sich als Frucht der gesellschaftlichen Solidarität verstehe. Demgegenüber sei eine Steuer auf nichterneuerbare Energien, wie die Grüne Partei es vorschlägt, eine faire Alternative, mit der auf einen Schlag auch der Ökologie gedient wäre.

Im Namen der Solidarität plädierte Gonseth für ihre Vorstellung eines nicht vom Lohn beziehungsweise von der Höhe der Beiträge abhängigen *garantierten Mindesteinkommens* für alle. Ein solches System habe ausgleichende Wirkung, sichere für alle Leistungsbezüger ein Leben in Würde und nehme Rücksicht auf den gesellschaftlichen und ökologischen Wandel.

Abbruch der zweiten Säule?

Die zweite Säule will Ruth Gonseth ebenfalls zum Überdenken empfehlen. Auch diese sei geeignet, soziale Unterschiede in der Bevölkerung zu polarisieren. Dass die Unternehmer, die allseits nach Deregulierung riefen, gerade in dieser Frage auf eine solche verzichten wollen, sei nicht erstaunlich. Schliesslich stehe es im wirtschaftlichen Interesse der Pensionskassen, möglichst viel Geld zusammenzutragen.